

UNSERE AGENDA FÜR DIE FLEIßIGEN.

Wir Freie Demokraten wollen die Menschen dabei unterstützen, ihre Chancen zu nutzen. Wir wollen ihnen individuelles Vorankommen durch Freiräume ermöglichen, statt ihnen den Weg durch zusätzliche Hürden zu erschweren. Denn der Fleiß der vielen Millionen Menschen macht in der Summe die Stärke unseres Landes aus.

Mit einer Agenda für die Fleißigen wollen wir in diese Stärke investieren.

1. ALTERSVORSORGE MUSS SICH IMMER LOHNEN.

Es muss im Alter einen Unterschied machen, ob und wie lange jemand in seinem Leben vorgesorgt oder gearbeitet hat. Aktuell wird die gesetzliche Rente aber vollständig auf die Grundsicherung angerechnet. Das wollen wir ändern.

2. RENTENEINTRITT FLEXIBILISIEREN.

Wir wollen einen flexiblen Renteneintritt – wer früher in Rente geht, erhält weniger Rente, wer länger arbeitet, erhält mehr. Die Schweden und Norweger machen es erfolgreich vor: Ein flexibler Renteneintritt funktioniert und führt im Ergebnis zu sinnvolleren und im Durchschnitt auch längeren Erwerbsbiografien im Alter. Die Hinzuverdienstgrenzen nach dem Renteneintritt müssen dabei künftig entfallen.

3. ATTRAKTIVERE HINZUVERDIENSTREGELUNGEN BEI HARTZ IV.

Die Hinzuverdienstgrenzen bei Hartz IV wollen wir attraktiver und fairer gestalten. So können wir es den Menschen besser als bisher ermöglichen, eine trittfeste Leiter in die finanzielle Selbstständigkeit zu bauen. In manchen Fällen kann es passieren, dass jemand mehr arbeitet und am Ende des Monats weniger Geld als vorher erhält. Das ist demotivierend und führt das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ad absurdum.

4. MINI- UND MIDJOBGRENZE DYNAMISIEREN.

Wir wollen, dass auch Mini- und Midijobs mit der Lohnentwicklung dynamisiert werden. Dazu schlagen wir vor, die Minijob-Grenze (heute 450 Euro) auf das 60-Fache des gesetzlichen Mindeststundenlohns festzusetzen. Die Grenze bei Midijobs wollen wir ebenfalls anpassen und auf das 145-Fache des Mindestlohns festlegen. Anderenfalls reduzieren sich mit jeder Anpassung des Mindestlohns die Stunden, die ein Beschäftigter im Rahmen eines Mini- bzw. Midijobs arbeiten darf.

5. SOZIALABGABEN SENKEN.

Die Sozialabgaben wollen wir dauerhaft unter die Zielmarke von 40 Prozent bringen. Damit können wir die Menschen entlasten und geben ihnen mehr Freiraum, um für das Alter vorzusorgen.

6. EIGENTUMSERWERB FÖRDERN.

Wir wollen eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von Wohneigentum. Dazu wollen wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro einführen. So können wir die Wohneigentumsquote erhöhen, um mehr Menschen den Traum von den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

7. SOLI BIS 2020 ABSCHAFFEN.

Der Solidaritätszuschlag muss zum 1. Januar 2020 komplett entfallen. Denn dann ist die Finanzierung des Solidarpakts II für Ostdeutschland abgeschlossen. Die Abschaffung des Solis ist daher eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Wir wollen außerdem nicht, dass Deutschland zum Land mit der höchsten Steuerbelastung weltweit wird.

CHANCEN NUTZEN

UNSERE AGENDA FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND LIBERALITÄT.

Die Menschen in unserem Land sind heute informierter, selbstbestimmter, individueller als jemals zuvor. Die Wünsche an die eigene Biografie unterscheiden sich stärker denn je. Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen neuen Aufbruch für mehr Selbstbestimmung. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, die den Menschen größtmöglichen Raum zur individuellen Entfaltung bietet.

Mit einer Agenda für Selbstbestimmung und Liberalität wollen wir neue Wege für eine moderne Gesellschaft eröffnen.

1. BÜRGERRECHTE IM DIGITALEN ZEITALTER SCHÜTZEN.

In Zeiten der Digitalisierung müssen wir ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der Privatsphäre legen. Dazu wollen wir die Cybersicherheit auf nationaler und europäischer Ebene noch stärker vorantreiben. Mit einem modernen Datenrecht wollen wir außerdem praktikable Rahmenbedingungen für Datenschutz und innovative Geschäftsmodelle schaffen.

2. LEBENSBEGLEITENDES LERNEN MIT DEM MIDLIFE-BAFÖG.

Mit dem Midlife-BAföG wollen wir die Weichen für lebensbegleitendes Lernen richtig stellen. Denn unser Bildungssystem braucht Antworten auf die sich verändernden Anforderungen unserer Arbeitswelt. Bildung ist nicht mehr nach der ersten Ausbildung zu Ende. Das Midlife-BAföG soll das ganze Leben über in Anspruch genommen werden können, beispielsweise für eine Weiterqualifizierung während einer beruflichen Auszeit.

3. CHANCENGLEICHHEIT UND FLEXIBILITÄT IN DER ARBEITSWELT

Wir wollen die Vielfalt unserer Lebensentwürfe auch in der Arbeitswelt voranbringen. Dazu wollen wir ein modernes Arbeitszeitrecht, das den Menschen mehr Raum für Flexibilität bietet. Ebenso sollen Beschäftigte in Zukunft einfacher von zu Hause arbeiten können. Mit einem Recht auf Homeoffice wollen wir das möglich machen.

4. EIN LIBERALES EINWANDERUNGSMANAGEMENT.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels muss Deutschland offener für internationale Talente werden. Die Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt wollen wir daher transparent und bedarfsorientiert gestalten. Mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild können wir dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

5. EINFÜHRUNG DER VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT.

Wir wollen die Verantwortungsgemeinschaft als Rechtsinstitut neben der Ehe einführen. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung. Ein gutes Beispiel dafür ist der Zivilpakt in Frankreich, den unverheiratete Paare oder Senioren in Wohngemeinschaften schließen können, um sich zum Beispiel gegenseitig von der ärztlichen Schweigepflicht zu entbinden.

6. VORAUSSETZUNGEN FÜR KINDERWUNSCH-BEHANDLUNGEN VERBESSERN.

Wir wollen es Menschen erleichtern, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Unverheiratete Paare und Frauen ab dem 40. Lebensjahr erhalten aktuell keine Förderung durch die Krankenkasse. Das wollen wir im Sinne der Selbstbestimmung ändern. Entscheidend sollte insbesondere nicht mehr das Alter einer Frau sein, sondern ihr individueller Gesundheitszustand.

7. § 219A STRAFGESETZBUCH ABSCHAFFEN.

Wir setzen uns dafür ein, § 219a StGB abzuschaffen. Die Vorschrift kriminalisiert Ärztinnen und Ärzte, die auf ihrer Website darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen oder allgemeine Informationen zur Verfügung stellen. Dies ist in einer modernen Gesellschaft weder sach- noch zeitgemäß. Der Schwangerschaftsabbruch ist eine medizinische Leistung für Frauen in einer Notlage. Gerade sie brauchen Zugang zu sachlichen Informationen.

CHANCEN NUTZEN